

Ivett Kaminski | [REDACTED]

Per Mail:  
friedrich.merz@bundestag.de

Friedrich Merz MdB  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Fröndenberg, 17.06.2025

**offener Brief an den Bundeskanzler Merz wegen  
Kriegsverbrechen der israelischen Regierung  
- kein Selbstverteidigungsrecht -**

**Ivett Kaminski**  
Rechtsanwältin  
Fachanwältin für Familienrecht  
Verfahrensbeistand

**Rechtsgebiete:**  
Familienrecht  
Arbeitsrecht  
Transport- und Speditionsrecht

**Sprachen:**  
Deutsch  
Polnisch  
Englisch

[REDACTED]

Handynummer: 01590 / 1810945  
info@anwaltskanzlei-kaminski.de  
www.anwaltskanzlei-kaminski.de

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

falls es Ihnen entgangen sein sollte, möchte ich Ihnen in die Erinnerung rufen, dass die israelische Regierung in den vergangenen 3 Monaten insgesamt 5 Länder angegriffen hat (Libanon, Syrien, Iran, Jemen und Palästina).

Seit dem Angriff der Hamas, wobei grundlegend untersucht werden müsste, welcher Staat bzw. ggf. welche Geheimdienste Hamas erschaffen und finanziert haben, in Israel am 7. Oktober 2023, der den Krieg auslöste, wurden im Zuge israelischer Angriffe im Gazastreifen 55.104 Menschen getötet. Diese Daten wurden von Statista Research Department veröffentlicht, Stand 13.06.2025, abrufbar über folgenden Link:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>

Amnesty International ist schon im Dezember 2024 in einer umfassenden Analyse zu dem Ergebnis gekommen, dass Israel damit gemäß der **Völkermord-Konvention einen Genozid an den Palästinensern im Gazastreifen** begeht (!). Der Bericht/die Analyse ist in der Anlage beigefügt. Ich zitiere aus diesem Bericht:

*„Amnesty International hat hinreichende Belege gefunden, um zu dem Schluss zu kommen, dass Israel zwischen dem 7. Oktober 2023 und Juli 2024 Handlungen begangen hat, die gemäß der Völkermordkonvention verboten sind.*

*Hierzu zählen Tötungen, die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden sowie die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die Palästinenser\*innen im Gazastreifen ganz oder teilweise zu zerstören. Amnesty International ist ferner zu der Folgerung gelangt, dass diese Handlungen mit der konkreten Absicht begangen wurden, die Palästinenser\*innen im Gazastreifen zu zerstören. Diese bilden einen wesentlichen Teil der palästinensischen Bevölkerung, die als Gruppe durch die Völkermordkonvention geschützt ist. Damit kommt Amnesty International zu dem Schluss, dass Israel nach dem 7. Oktober 2023 Völkermord an den Palästinenser\*innen im Gazastreifen begangen hat und weiter begeht. Es sind weitere Untersuchungen durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) und die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für das besetzte palästinensische Gebiet einschließlich Ost-Jerusalem und Israel erforderlich, um die Verantwortung Israels gemäß der Völkermordkonvention zu prüfen und geeignete Rechtsmittel aufzuzeigen. Dieser Bericht deckt lediglich einen Zeitraum von neun Monaten ab, doch scheinen sich Israels Politik, Handlungen und Unterlassungen nicht wesentlich verändert zu haben. Tatsächlich hat Israel seine Offensive in Gaza nach Abschluss der Recherchen von Amnesty International noch verstärkt. Im August, September und Oktober 2024 wurden noch mehr Menschen in Gaza vertrieben, noch mehr Menschen bei israelischen Angriffen getötet und verletzt und noch mehr Menschen bei anhaltenden Vorwürfen von Folter und anderen Misshandlungen festgenommen. Wieder einmal forderten die israelischen Streitkräfte die nördlich des Wadi Gaza lebende Zivilbevölkerung auf, das Gebiet zu verlassen, während sie ihre unerbittlichen Bombardierungen fortsetzten, und wieder einmal war das Gebiet von Hilfslieferungen abgeschnitten, so dass viele Menschen vom Hungertod bedroht waren“.*

Offenbar haben Sie vergessen, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) am 21. November 2024 Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant und den Hamas-Führer Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri Deif (Mohammed Deif) erlassen hat. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, **Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben**.

Amnesty International hat alle Mitgliedstaaten des IStGH (Deutschland ist ja Mitglied) zu Recht aufgefordert, die ausgestellten Haftbefehle zu achten. Amnesty International hat auch von der deutschen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum IStGH erwartet, unter anderem in der Weise, dass die gesuchten Personen verhaftet werden, wenn sie sich in Deutschland aufhalten.

Der Iran hat in seiner gesamten Staatsgeschichte noch kein einziges seiner Nachbarländer angegriffen und **gehört zu den friedlichsten Ländern der Welt**. Diese Tatsache dürfte der Bundesregierung bekannt sein. Erst am 25. März 2025 erklärte die Chefin aller 18 US-Geheimdienste, Tulsi Gabbard, während einer Senatsanhörung, dass laut übereinstimmender Einschätzung der Iran nicht an einer Atombombenbaut und dies auch nicht vorhabe. Die westlichen „Logenmedien“ berichten über dieses Faktum nicht.

Israel hat einen **völkerrechtswidrigen Angriffskrieg** gegen den Iran eröffnet und zwar mit denselben fadenscheinigen Behauptungen, dass der Iran oder irgendein

anderer strategischer Gegner Israels in der Region Atom- oder sonstige Massenvernichtungswaffen bauen würde.

Fakt ist: Israel besitzt Atomwaffen, deren Existenz von den USA offiziell geleugnet wird und die keiner internationalen Kontrolle unterliegen.

Im Einzelnen:

**Der Iran ist Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags** (auch bekannt als Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder NVV). Dieser Vertrag verbietet die Weitergabe von Atomwaffen und verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, auf deren Entwicklung zu verzichten, während gleichzeitig die friedliche Nutzung der Kernenergie erlaubt ist. Der Iran hat den Vertrag 1968 unterzeichnet und er trat 1970 in Kraft.

**Israel ist unstreitig kein Unterzeichnerstaat des Vertrags zum Verbot von Kernwaffen (TPNW) und Israel boykottierte gemeinsam mit allen anderen Atomwaffenstaaten die Verhandlungen darüber in der UN-Generalversammlung.**

Israel verfügte laut Colin Powell 2015 über 200 und laut Jimmy Carter 2012 über 300 Atomwaffen. Aktuell dürfte die Anzahl der Atomwaffen geschätzt bei über 1000 Atomwaffen liegen. Offizielle aktuelle Zahlen sind nicht veröffentlicht, warum nicht???

Der nuklear bewaffnete und überlegene Staat Israel, der als Atomwaffenstaat den Nicht-Weiterverbreitungs-Vertrag nicht unterschrieben und auch seine Atomwaffen nicht der Internationalen Atomenergie-Agentur der UNO unterstellt hat, genau dieser Staat, gegen den der Internationale Gerichtshof wegen des akuten Verdachts des Völkermords ermittelt, maßt sich an und behauptet, der vom ihm begonnene Krieg gegen den Iran sei ein Akt der Selbstverteidigung???. Ist das Realsatire oder Zynismus???

Israelische Regierung ist der Aggressor. Israel betreibt laut Amnesty und vielen hochkarätigen Meinungen ethnische Säuberungen im Inneren und Staatsterrorismus nach außen. Das hat mit Selbstverteidigung gegen Terrorismus oder „Präventivangriffen“ schlicht nichts mehr zu tun. Diese Regierung droht bis zum Dritten Weltkrieg zu eskalieren und die gesamte Welt mitreinzuziehen. Im „besten Fall“ dürfen wir mit neuen Flüchtlingswellen, Preisschocks und ethnischen Spannungen in unseren überfremdeten Städten rechnen.

Und Sie vertreten allen Ernstes die Auffassung, Israel habe das Recht auf Selbstverteidigung?

Im Völkerrecht ist das Recht zur Selbstverteidigung ein grundlegendes Prinzip, das in Artikel 51 der UN-Charta verankert ist. Es erlaubt einem Staat, sich mit Gewalt **gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen**. Dieses Recht ist eine Ausnahme vom allgemeinen Gewaltverbot im Völkerrecht und wird als individuelles oder kollektives Selbstverteidigungsrecht bezeichnet, vgl. Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs, Kapitel VII, Artikel 51: Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa,

<https://unric.org/de/wp-content/uploads/sites/4/2022/10/charta.pdf>

**Bitte beantworten Sie mir folgende Frage: Wann hat Iran Israel bewaffnet angegriffen. Wann hat Palästina Israel bewaffnet angegriffen ???**

In dem Koalitionsvertrag Ihrer Regierung aus CDU/CSU und SPD schreiben Sie:

*"Die Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte bilden das Fundament der regelbasierten internationalen Weltordnung."*

Und weiter:

*"Zu unserer Sicherheit gehören die Bewahrung und Weiterentwicklung der regelbasierten internationalen Ordnung auf der Basis des Völkerrechts, der universellen Geltung der Menschenrechte und der Charta der Vereinten Nationen."*

Wenn Sie diese Worte ernst meinen, wie können Sie bedingungslos an der Seite der aktuellen israelischen Regierung und des per Haftbefehl gesuchten Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu stehen, die alle erwiesenermaßen gegen das Völkerrecht verstoßen haben, sich vielfacher Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben und sich offen Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs und des Internationalen Strafgerichtshof widersetzen???

**Deutsche Verantwortung für Kriegsverbrecher und Genozidler ist Teil der deutschen Staatsräson???** Ist das Ihr Ernst???

**Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson!**

Jeder Staat der Welt ist durch die Völkermord-Konvention verpflichtet einen Genozid zu verhindern und zu bestrafen.

**Ich fordere von Ihnen und der Bundesregierung:**

- die schwerwiegenden Völkerrechtsverletzungen und Verbrechen der israelischen Regierung in Gaza klar zu verurteilen, sich von diesen Verbrechen sofort zu distanzieren und dringend Maßnahmen zu ergreifen, um Israel zu einer Beendigung seiner völkerrechtswidrigen Handlungen in Gaza zu bewegen,
- sich von dem völkerrechtswidrigen Angriff der israelischen Regierung auf den Iran zu distanzieren und diese für diesen Angriff zu verurteilen,
- dafür Sorge zu tragen, dass die humanitäre Hilfe in den Gazastreifen jederzeit vorhanden ist und kein Zivilist getötet wird,
- sofort Sanktionen gegen die israelische Regierung wegen ihrer Kriegsverbrechen zu verhängen,
- die Vermögenswerte der israelischen Zentralbank, Bank of Israel, zu beschlagnahmen,
- die laufenden Verfahren vor internationalen Gerichten vollumfänglich zu unterstützen, um die langjährige Straflosigkeit für Völkerrechts-

**verbrechen in Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet zu beenden,**

- **den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Benjamin Netanjahu zu respektieren und voll umzusetzen,**
- **keine Waffen und militärische Ausrüstung an Israel liefern,**
- **sofort militärische und finanzielle Unterstützung Israels zu beenden,**
- **sich gegen jegliche Versuche Israels stellen, eine militärische und zivile Präsenz im Gazastreifen einzurichten und die Grenzen oder demografische Zusammensetzung des Gazastreifens zu verändern,**
- **sicherzustellen, dass Deutschland in Einklang mit dem IGH-Gutachten zur israelischen Besatzung vom 19. Juli 2024, alle Maßnahmen einstellt, die zu einer Fortdauer der völkerrechtswidrigen Besatzung palästinensischen Gebietes beitragen.**

**Wie würden Sie und die Bundesregierung wohl handeln, wenn all diese Verbrechen Russland begangen hätte???**

Es ist Ihre Pflicht, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und sich an das Völkerrecht zu halten. Diese Verpflichtung unterliegt keiner Diskussion. Israel hat kein Recht auf Selbstverteidigung! Israelische Regierung ist aktuell Täter und kein Opfer. Das sollten Sie und die Bundesregierung klar benennen und sich von dieser aktuellen Verbrecherregierung Israels klar distanzieren und sich nicht in den 3. WK reinziehen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Ivett Kaminski  
Rechtsanwältin

P.S.

Bitte versuchen Sie nicht, mich mit der Antisemitismuskeule mundtot zu machen. Ich kritisiere die Verbrechen und die Doppelmoral der israelischen Regierung, der EU und der USA. Ich bin für Frieden. Ich bin gegen Kriege, Ausbeutung, Ungerechtigkeiten, Doppelmoral, Spaltung der Menschen und Korruption. Wir sind alle eine Menschheitsfamilie, egal welcher Abstammung und Glaubensrichtung, auch wenn manche Regierungen das anders sehen. Wir sollten friedlich auf dieser Welt zusammen leben, uns gegenseitig respektieren und uns nicht spalten lassen. Schluss mit Chaos, Spaltung und Kriegstreiberei. Die Menschen weltweit haben genug davon und wollen Frieden! Nicht die Menschen wollen Krieg, sondern ihre psychopathischen Führer! Denken Sie darüber mal nach.